

Region

Ja zur Neuen Festhalle trotz dem Nein des Grünen Bündnisses

Stadt Bern In der alten Festhalle sagt der Stadtrat Ja zum 15-Millionen-Beitrag an den Bau der Neuen Festhalle.

Stefan Schnyder

In der behaglich beheizten alten Festhalle ist gestern Abend das Grüne Bündnis (GB) aus dem Rot-Grün-Mitte-Bündnis ausgeschiedert. Im Berner Stadtrat ging es um einen Beitrag von 15 Millionen Franken an den Bau der Neuen Festhalle. Diese soll die in die Jahre gekommene alte Festhalle ersetzen und bei Konzerten bis 9000 Besucherinnen und Besuchern Platz bieten. Die budgetierten Baukosten belaufen sich auf 95 Millionen Franken. Der Stadtrat stimmte der Vorlage mit 48 Ja gegen 21 Nein zu.

Die Argumente der Grünen

Regula Bühlmann, Co-Fraktionschefin des Grünen Bündnisses, setzte zu einer flammenden Rede gegen den städtischen Beitrag und damit gegen den Gemeinderat an: «Wir dürfen im Jahr 2020 kein Geld für den Bau einer Halle sprechen, in der wir internationale Megastars oder Musicals sehen können.» Sie verwies auf die Folgen der Pandemie für das Event- und Messegeschäft: «Es ist schon fast ein Anachronismus, in dieser Zeit eine neue Messehalle zu bauen.» Sie erinnerte daran, dass der Stadtrat erst kürzlich ein Sparprogramm verabschiedet habe. «Wir sollten jetzt besser das Geld in die Berner Kulturszene investieren», betonte sie.

SP stellt sich gegen Grüne

SP-Sprecher Johannes Wartenweiler stellte spontan seine Rede um und setzte zu einem Konteran: «Uns ist auch die wirtschaftliche Infrastruktur in der Stadt Bern wichtig. Wir finden es falsch, wirtschaftliche gegen so-



So soll der Eingangsbereich der Neuen Festhalle aussehen. Foto: Illustration Bernexpo

ziale Angebote auszuspielen», begründete er die regierungstreue Haltung seiner Partei.

Die Befürchtungen der Grünen, dass die Halle nicht ausgelastet werden kann, teilt er nicht: «Es ist die Aufgabe des Unternehmens, die Chancen und Risiken einer solchen Halle einzuschätzen.» Er führte weiter aus, dass er Vertrauen in die Investoren habe. Er nahm diese aber auch in die Pflicht: «Wir verlangen, dass der Verwaltungsrat die Reissleine zieht, wenn sich die Vorzeichen für den Bau der Halle massiv verschlechtern.»

Die SP-Juso-Fraktion stimmte indes nicht geschlossen für den Beitrag. Stadtrat Michael

Sutter sprach sich am Rednerpult vehement gegen die Vorlage aus. Auch der Juso-Vertreter war gegen die Vorlage.

Wie die SP stimmte auch die Grüne Freie Liste – auf Kantonebene die Schwesterpartei des GB – mehrheitlich für den Beitrag an den Neubau. Die Partei von Stadtpräsident Alec von Graffenried stützte damit eines der Projekte, die diesem besonders am Herzen liegen. GFL-Sprecher Marcel Wüthrich betonte: «Der Neubau ermöglicht Veranstaltungen, wie sie heute in Bern nicht durchgeführt werden können. Schweizweit könnte eine multifunktionale Perle entstehen», sagte er.

Da sich auch die Grünliberalen und die bürgerlichen Parteien praktisch geschlossen für den Beitrag aussprachen, musste Finanzdirektor Michael Aebersold (SP), der das Geschäft im Rat vertrat, schliesslich nicht mehr viel Überzeugungsarbeit leisten. Die Vorlage wird voraussichtlich am 7. März 2021 vor das Stadtberner Stimmvolk kommen.

Das sind die Investoren

Es ist vorgesehen, dass neben der Stadt Bern auch der Kanton einen Beitrag von 15 Millionen Franken leisten wird. Wobei der Kanton die Höhe seines Beitrags von demjenigen der Stadt abhängig macht.

Promotorin des Projekts ist das Berner Messeunternehmen Bernexpo. Franziska von Weissenfluh und Peter Stähli, die beiden Co-Präsidenten des Verwaltungsrats, verfolgten die Debatte auf der Zuschauertribüne.

Das Unternehmen will den Neubau über seine Immobilien-tochter Berner Messepark AG realisieren. Die Mehrheit an dieser Tochterfirma will es abgeben. Die Berner Unternehmen Mobilmar, Visana und Securitas sowie die Thurgauer Immobilienentwicklerin HRS haben Bernexpo in der Zwischenzeit Aktien der Messepark Bern AG abgekauft. Sie haben die Absicht, bei einer Kapitalerhöhung mitzumachen.

Stadtrat stellt Adrian von Bubenberg weg

Umbau Bahnhof Bern Der Hirschengraben erhält ein neues Styling, das die Emotionen hochgehen lässt.

Adrian von Bubenberg (1424 bis 1479), der kampfbereit im Hirschengraben steht, hat im Berner Stadtparlament nicht die besten Freundinnen. «Ist das Zeitalter von Kriegshelden nicht vorbei?», fragte Brigitte Hilty Haller (GFL) rhetorisch. Und Katharina Gallizzi (GB) konnte nicht verstehen, warum altehrwürdige Kastanienbäume gefällt und durch klimaresistentere Jungbäume ersetzt werden sollen, damit für «einen Kriegstreiber» wie von Bubenberg Platz geschaffen werde.

Das Denkmal von Adrian von Bubenberg spielt eine nicht unwesentliche Rolle im umfassenden Massnahmenpaket, das die Stadt Bern ergreift, um die Verkehrsführung zwischen Bollwerk und City West den Folgen des laufenden Umbaus des Bahnhofs Bern anzupassen. 112 Millionen Franken kostet das Bündel, wobei rund die Hälfte von Bund und Kanton übernommen werden. Netto schlägt es bei der Stadt noch mit 53 Millionen Franken zu Buche.

Trotz 34 Anträgen und reichlich Kritik passierten die Ver-

kehrsmassnahmen das Stadtparlament letztlich problemlos und werden voraussichtlich im Frühjahr 2021 dem Volk vorgelegt.

Bäume und Pflasterung

Es ist nicht übertrieben: Die Stadt wird nach vollendetem Um- und Ausbau ab ungefähr 2027 im Südwesten des Bahnhofs ein neues Gesicht erhalten. Der zusätzlichen Aus- und Eingang unter dem Postparc bringt bis zu 60 Prozent mehr Fussgängerinnen und Fussgänger Richtung Bubenbergplatz. Würden sie die Strasse alle oberirdisch zum Hirschengraben hin überqueren, stünde der öffentliche Verkehr zeitweise still. Deshalb soll zur Entlastung eine Unterführung zum Hirschengraben gebaut werden, und deren Aufgang macht Adrian von Bubenberg den Platz streitig.

Der Berner Kriegsherr wird – vorübergehend – zurück in die Mitte des Platzes verschoben. Damit die Fussgängerinnen und Fussgänger genug Platz haben, werden die Alleebäume im Hirschengrabenpark gefällt und mit Neupflanzungen am Rand



Wird weichen müssen: Adrian von Bubenberg. Foto: Beat Mathys

des Platzes ersetzt. Zusätzlich pflastert man den Park nach dem Vorbild der Rathausgasse. Die abgestellten Velos sollen verschwinden. Wohin, weiss man in der Velohauptstadt allerdings noch nicht.

«Kompromisse gehören quasi zur DNA von Grossprojekten», gab Ursula Wyss (SP) zu, die aus ihrem Büro in den letzten acht

Jahren direkt auf den Hirschengraben blickte. Die zuständige Gemeinderätin verteidigte eines ihrer letzten Geschäfte im Parlament beherzt. An die Adresse aller Kritiker der Verkehrsmassnahmen sagte sie, dass es vor zwei Jahrzehnten die Stadt selber gewesen sei, die sich bei den SBB für einen zweiten Bahnhofsausgang Richtung Hirschengraben starkgemacht habe. Es sei konsequent, wenn die Stadt nun ihren Teil zur Komplettierung des Ausbaus beitrage – auch wenn man in diesem Perimeter extrem viele Ansprüche mit emotionalem Potenzial unter einen Hut bringen müsse: Denkmalpflege, Klimaschutz, Veloförderung, ÖV-Ausbau.

Murks und Gümmeler-Wädli

Dieser Reigen von Sachzwängen mag dann halt zu Halbösungen führen. Etwa, dass man im Bereich des Hirschengrabens als Velofahrer künftig erst recht «Gümmeler-Wädli oder ein Motörli» brauche, um sich schnell genug zwischen immer mehr Trams und Gelenkbussen durchbewegen zu können, wie Michael

Jürg Steiner kritisierte. Alexander Feuz (SVP) sprach dem Stadtrat erfolglos ins Gewissen, man lasse einen «städtebaulichen Murks» zu, wenn man die Vorlage gutheisse. Er empfahl – jedoch vergeblich – den Vorschlag des Architekten Arpad Boa zu beherzigen. Dieser schlug vor, die Hauszeile des Bubenbergzentrums abzureissen und nicht bloss zu untertunneln, um einen grosszügigeren Bahnhofsvorplatz zu bekommen.

Auch Maurice Lindgren (GFL) hätte sich grundsätzlich auch smartere Lösungen vorstellen können, aber Bern könne sich die Peinlichkeit nicht leisten, bei abgeschlossenem Bahnhofsusbau plötzlich ohne Verkehrslösungen dazustehen. Er brachte so den Pragmatismus auf den Punkt, der in der Berner Festhalle dominierte. Eines liess sich der rot-grüne Stadtrat trotz der Kaskade von Sachzwängen dann doch nicht nehmen: explizit die Ambition zu verankern, dass die Stadt das Vorhaben eines autofreien Bahnhofplatzes weiterverfolgt.

Jürg Steiner

Die regionale Feuerwehr ist auf Kurs

Münchenbuchsee Die Aufgaben der Feuerwehr werden komplexer. Die Ausbildung ist zeitintensiv, die Vorgaben sind hoch. Gerade bei Letzterem kämpfen Feuerwehren mit einem Problem. Weil die Leute nicht in ihrem Wohnort arbeiten, wird es schwierig, die Einsatzbereitschaft tagsüber zu garantieren.

Vor diesem Hintergrund haben die Verantwortlichen der Gemeinden Moosseedorf, Münchenbuchsee, Urtenen-Schönbühl und Zollikofen die Köpfe zusammengesteckt und nach einer Lösung gesucht, wie diese Tagesverfügbarkeit verbessert werden kann. Der nun vorgeschlagene Weg sieht einen Zusammenschluss der vier Korps unter dem Dach einer Gemeindegemeinschaft vor. Diese wird von Urtenen-Schönbühl gegründet. Die drei anderen Gemeinden schliessen sich mittels Vertrag an.

Am Donnerstagabend hat das Parlament von Münchenbuchsee das Projekt einstimmig genehmigt und die Botschaft für die Urnenabstimmung verabschiedet. Die Fraktionen waren sich einig, dass nur gemeinsam die hohen Anforderungen erfüllt werden können.

Die Feuerwehr Region Moossee wird in vier dezentrale (bisherige Standorten) und ein zentrales Element (Münchenbuchsee) gegliedert. Die wichtigsten Funktionen wie Kommandant oder Materialwart werden von Profis besetzt. Es sind 500 Stellenprozent vorgesehen. Die regionale Feuerwehr soll ab 2022 ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Stimmberechtigten in Münchenbuchsee und Zollikofen entscheiden am 7. März an der Urne über die neue Feuerwehr Region Moossee. In Urtenen-Schönbühl findet die Abstimmung am 24. Januar statt. Noch offen ist, wann Moosseedorf entscheidet, weil die Gemeindeversammlung vom Samstag abgesagt worden ist. (hus)

Schuldenberg wächst bis 2024 auf 1,5 Milliarden

Stadt Bern Anstehende Investitionen und die Folgen der Coronapandemie werden die verzinlichen Schulden der Stadt Bern in den kommenden Jahren um rund 430 Millionen Franken ansteigen lassen. Zu diesem Schluss kommt der Gemeinderat in einem aktualisierten Schuldenbericht. Damit dürften die Schulden auf rund 1,5 Milliarden Franken anwachsen, wie der Gemeinderat am Donnerstag mitteilte.

Der Gemeinderat hat für das laufende Jahr ein Entlastungspaket im Umfang von 15,5 Millionen Franken geschnürt. 2021 sollen rund 20 Millionen Franken gespart werden, 2022 rund 35 Millionen und ab 2023 wiederkehrend 45 Millionen Franken. Doch diese Entlastungen können nicht verhindern, dass die Schulden bis ins Jahr 2024 auf prognostizierte 1,5 Milliarden Franken anwachsen werden.

Sämtliche Ausgaben der Stadt kommen deshalb auf den Prüfstand – und auch alle geplanten Investitionen. Klar ist, dass die Sanierung der Schul- und Sportanlagen weiter vorangetrieben wird. In diesem Bereich gibt es laut Stadt Sachzwänge. (sda)